

1918–1938

GEHEIM- UND NACHRICHTEN- DIENSTE IN UND AUS ÖSTERREICH



MARIO MUIGG, MAG.,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am
„Austrian Center for Intelligence,
Propaganda and Security Studies
(ACIPSS)“ in Graz.

Österreichs geopolitische Lage im Herzen Europas, am Schnittpunkt zwischen Ost und West, ließen das Land nicht erst während des Kalten Krieges zu einer idealen Bühne geheim- und nachrichtendienstlicher Auseinandersetzungen werden. Die Republik Österreich stellte seit ihrer Gründung im November 1918 ein viel beachtetes und besonders von Agenten aus den unmittelbaren Nachbarstaaten intensiv ausspioniertes Territorium dar. Dabei kam der Stadt Wien, über Jahrhunderte Zentrum des habsburgischen Vielvölkerstaates, mit ihrer geographischen Nähe sowie traditionellen Verbundenheit zu den Nachfolgestaaten der Monarchie, als Schauplatz nachrichtendienstlicher Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu. Die österreichische Gesetzgebung trug nicht dazu bei, ausländische Agenten von ihrem Treiben abzuhalten. Spionage in Österreich war nach den damals gültigen Gesetzen nicht strafbar. Nur wer direkt gegen Österreich spionierte, musste mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen. Angesichts der regen Spionageaktivitäten ausländischer Mächte galt es nach dem Zusammenbruch der Monarchie und des k.u.k. Geheimdienstes auch für die junge Republik Österreich schnellstmöglich eine neue nachrichtendienstliche Struktur aufzubauen. Dies umso mehr, als man in den Wirren der Nachkriegszeit einer Fülle von Problemen gegenüberstand, die Österreich massiv bedrohten und somit eine rasche Informationsbeschaffung über die staatsbedrohenden Vorgänge im In- und Ausland unabdingbar machten. Die vorliegende Arbeit soll zeigen, wie das krisengeschüttelte Österreich mit den wenigen zur Verfügung stehenden Mitteln eine funktionsfähige und wirkungsvolle geheim- und nachrichtendienstliche Organisation aufbaute, die in der Geschichte der Ersten Republik teils beachtliche Erfolge erzielen konnte.

VON DER MONARCHIE ZUR REPUBLIK UND DIE „ABTEILUNG 1/N“

Der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie bedeutete auch für die militärische Nachrichtenabteilung des österreichisch-ungarischen Armeeoberkommandos und andere kriegsbedingte Überwachungsorganisationen das Ende. Mit einer Weisung

des neugeschaffenen deutschösterreichischen Staatsamtes für Heereswesen wurde Mitte November 1918 ein liquidierendes sowie ein neues Evidenzbüro, wo sämtliche Meldungen des Kundschaftsdienstes evident gehalten und zusammen mit anderen Informationen ausgewertet werden sollten, eingerichtet. Das zu liquidierende Evidenz-

büro des k.u.k. Generalstabes wurde von dessen bisherigen Leiter und letzten Chef der Nachrichtenabteilung des Armeeoberkommandos, Oberst d. Gst. Maximilian Ronge, geführt und im Juli 1919 ordnungsgemäß aufgelöst.¹

Mit der Beseitigung nachrichtendienstlicher Einrichtungen der Monarchie stellte Österreich die verdeckten, über die eigenen Staatsgrenzen hinausgehenden Erhebungen nicht ein.

Im Gegenteil, neben den Meldungen von österreichischen Auslandsdiplomaten und staatlichen Nachrichtenstellen versuchten einzelne militärische Kommandanten, Grenzkontrollstellen oder staatspolizeiliche Referenten der Landesregierungen und Gendarmeriekommanden an relevante Informationen über Drittstaaten zu gelangen. Diese – meist auf Eigeninitiative zurückzuführenden – Aktivitäten erfolgten unkoordiniert und es war nicht selten dem Zufall überlassen, welche Meldungen wann, wo und wie übermittelt wurden.²

Die junge Republik Österreich war angesichts der mannigfaltigen Bedrohungen aus dem In- und Ausland jedenfalls nicht gewillt, auf einen eigenen nachrichtendienstlichen Apparat zu verzichten. So arbeitete das neugeschaffene Staatsamt für Heereswesen seit November 1918 am Aufbau eines neuen Evidenzbüros unter der Leitung von Oberst Otto Kick. Ebenfalls im November 1918 bürgerte sich dafür die Bezeichnung „Abteilung 1/N“ ein.³ Sie verfügte über reichlich Personal und unterhielt ihren Hauptsitz im Ministerialgebäude am Stubenring sowie eine Außenstelle in der Marokkanerkaserne im III. Wiener Gemeindebezirk. Zudem waren Hauptnachrichtenstellen bei den sieben Stäben der Landesbefehlshaber in Wien,

Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Bregenz eingerichtet, denen wiederum 23 Nebennachrichtenstellen unterstanden.⁴ Das Arbeitsgebiet der Abteilung 1/N umfasste ausschließlich den militärischen Nachrichtendienst, die zu diesem Zweck eine eigene Abwehrorganisation aufbaute und für gegnerische Geheimdienste eine Zentralevidenz einrichtete. Die dafür erforderlichen Unterlagen stammten größtenteils aus dem alten Evidenzbüro der Monarchie, wobei nach und nach neuere Informationsquellen erschlossen wurden. Das Schwergewicht der nachrichtendienstlichen Tätigkeit lag ganz klar im Auskundschaften der aus der Donaumonarchie hervorgegangenen Nachfolgestaaten. Ohne dass man eigene Agentennetze hätte aufbauen müssen, wurde dabei die Informationsbeschaffung durch die aus gemeinsamen Monarchie-Zeiten zahlreich vorhandenen persönlichen Kontakte wesentlich erleichtert. Bis zum Jänner 1920 lieferte man zusammenfassende Berichte über die Ergebnisse der eigenen Arbeit, ehe ein rascher Stellenabbau erfolgte und am 1. April 1920 die Abteilung 1/N aufgelöst wurde.⁵ Begründete man diesen Schritt offiziell mit den rigorosen Bestimmungen des Friedensvertrages von St.-Germain, so könnten durchaus geheime militärische Abmachungen, budgetäre Probleme oder die simple Annahme, dass zum damaligen Zeitpunkt ein (kostspieliger) Nachrichtendienst nicht mehr unbedingt nötig gewesen wäre, den Ausschlag für diese Entscheidung gegeben haben.⁶ Faktum war, dass mit der Auflösung der Abteilung 1/N ab 1920 in Österreich kein militärischer Nachrichtendienst mehr existierte.

**JOHANNES SCHOBER
UND DIE „ZEST“**

Während eine Armee den Staat vor äußeren Bedrohungen schützen soll, ist die Polizei für die Sicherheit im Inneren des

Staates zuständig. Um diesen Aufgaben bestmöglich gerecht zu werden, greifen sowohl Militär als auch Polizei auf eigene geheim- und nachrichtendienstliche Organisationen zurück.

In Österreich war die nach innen gerichtete Überwachung vorwiegend Aufgabe der Staatspolizei.

Den Übergang von der Monarchie zur Republik hatte die Staatspolizei verhältnismäßig gut überstanden. Mann der Stunde war der Wiener Polizeipräsident Johannes Schober, der die neuen Entscheidungsträger der krisengebeutelten Republik rasch von der Notwendigkeit staatspolizeilicher Arbeit überzeugen konnte.⁷ Die einzelnen Staatspolizeistellen waren in Österreich in den jeweiligen Bundespolizeidirektionen untergebracht, wobei die weitaus größte Abteilung in der Bundespolizeidirektion Wien bestand. Dort strebte Schober die Schaffung eines übergeordneten Informationsbüros an, zumal die Hauptaufgabe der Staatspolizei seiner Meinung nach in einer umfassenden Überwachung sämtlicher politischer Gruppierungen und staatsbedrohender Entwicklungen lag, die möglichst zentral erfasst und ausgewertet werden sollten. In den Bundesländern gab es naturgemäß starke Vorbehalte gegen einen Wiener Zentralismus und auch politisch hatte man mit Gegenwind zu kämpfen. Doch die Zielstrebigkeit Schobers zahlte sich aus. Am 1. Juni 1920 wurde die „Politische Zentralevidenzstelle bei der Bundespolizeidirektion Wien (ZEST)“ ins Leben gerufen, die offiziell am 14. August 1920 ihre Tätigkeit aufnahm.⁸

Zunächst führte die ZEST die bestehenden Schwerpunkte staatspolizeilicher Arbeit weiter. Es waren dies die Überwachung monarchistischer, kommunistischer und später auch nationalsozialistischer

Bewegungen. Sukzessive an Einfluss gewinnen sollte die ZEST durch Sonderregelungen wie etwa der Befugnis, mit ausländischen Behörden unter Ausschluss des diplomatischen Weges in direkten Kontakt zu treten. Weiters war im Behördenverkehr mit der ZEST der sonst übliche Dienstweg aufgehoben und die Staatsämter wurden angewiesen, sämtliche für eine politische Evidenthaltung relevanten Materialien zur Verfügung zu stellen. Von staatlicher Seite zeigten das Staatsamt für Inneres, Äußeres und Heereswesen besonderes Interesse an der nachrichtendienstlichen Tätigkeit der ZEST. Vor allem das Staatsamt für Heereswesen war nach der Auflösung des militärischen Nachrichtendienstes im April 1920 darum bemüht, die entstandene Lücke zumindest teilweise durch eine verstärkte Informationsbeschaffung über die ZEST zu schließen.

Dies kam wiederum Schober sehr entgegen, da er ohnehin das Aufgabengebiet der ZEST durch einen offensiven Nachrichtendienst für Aufklärungsmissionen im Ausland erweitern wollte.

Genehmigt wurde dieses Vorhaben am 16. Februar 1921, wobei erst die Krise um das Burgenland im Sommer/Herbst 1921 und die Schwierigkeiten an der jugoslawischen und der tschechischen Grenze im Sommer 1922 einen spürbaren Ausbau des offensiven Nachrichtendienstes im Rahmen der ZEST ermöglichten.⁹

Das ambitionierte Ziel Schobers, die von ihm ins Leben gerufene ZEST als Informationsmonopol zu positionieren und zur Drehscheibe des österreichischen Geheimdienstwesens zu machen, konnte in der Praxis allerdings nicht umgesetzt werden. Die Widerstände waren letztlich zu groß und der finanzielle Spielraum zu eng.

So behinderten etwa das vorherrschende Misstrauen aus den Bundesländern gegenüber dem Wiener Zentralismus sowie die Weigerung der Staatsämter, bei sämtlichen Informationswegen und -beschaffungsvorgängen die ZEST einzubinden, die ehrgeizigen Pläne Schobers. Die verschiedenen Behörden tauschten ihre Nachrichten weiterhin direkt untereinander aus und betrachteten die ZEST als einen von mehreren Empfängern. Wichtige Informationen erreichten die ZEST manchmal überhaupt nicht oder erst mit einiger Verspätung. Auch finanziell hatte Schober angesichts des knappen Staatshaushaltes mit großen Problemen zu kämpfen. Zwar wurden der ZEST wiederholt die benötigten Finanzmittel bewilligt, doch die hohe Inflationsrate setzte dem Budget stark zu und machte eine vernünftige Kalkulation nahezu unmöglich. Als folgenschwer erwies sich, dass Schober die Leistungsfähigkeit der ZEST überschätzt hatte.

Sein Anspruch, die ZEST als einzigen zentralen Nachrichtendienst aufzubauen, belastete den Apparat zu stark.

Man verfügte weder über die Ressourcen noch über die nötigen budgetären Mittel, um jene Informationen zu beschaffen, die erwartet wurden. Die Stärken der ZEST lagen im innenpolitischen Bereich in einer kontinuierlichen Sammlung und Auswertung von Informationen. Auch in der Spionageabwehr konnte man durchaus Erfolge erzielen, doch die Unzulänglichkeiten in der offensiven Nachrichtenbeschaffung waren offensichtlich.¹⁰ Hier musste gehandelt werden.

DER MILITÄRISCHE NACHRICHTENDIENST „ABTEILUNG 1“

Seit der Auflösung des militärischen Nachrichtendienstes im Jahre 1920 be-

schränkte man sich im Heeresressort auf militärische Lagebeurteilungen in den Nachbarstaaten anhand allgemein zugänglicher Materialien wie der Tages- und Fachpresse. Eine umfangreichere Informationsbeschaffung sollte über das Außenamt und die ZEST erfolgen, doch das Bundesministerium für Heereswesen kam bald zur Überzeugung, dass man ohne einen eigenen Nachrichtendienst nicht an die gewünschten Informationen gelangen konnte.¹¹

Im Jahre 1924 wurde in Österreich schließlich ein neuer militärischer Nachrichtendienst aufgebaut, der am 1. Jänner 1925 die Bezeichnung „Abteilung 1“ erhielt und in den Jahren 1926 und 1929 einer effizienteren Umgliederung unterzogen wurde.¹²

Der Wiederaufbau eines militärischen Dienstes bedeutete insbesondere für die ZEST eine spürbare Einschränkung ihres breiten Aufgabenspektrums.

Etwaige Animositäten konnten in den folgenden Jahren durch eine funktionierende Arbeitsteilung zwischen den zivilen und militärischen Diensten Österreichs allerdings vermieden werden. Die Evidenz, welche die Meldungen der eigenen Agenten und Kundschafter evident hielt und zusammen mit anderen Quellen auswertete, war Aufgabe des Heeres. Ebenso fiel der Informationsdienst oder offensive Kundschaftsdienst in die Kompetenz des militärischen Nachrichtendienstes, wobei hier Beobachtungen der österreichischen diplomatischen Vertretungen im Ausland in die Bewertungen miteinbezogen wurden. Der Abwehrdienst oder defensive Kundschaftsdienst war Aufgabe der Sicherheitsbehörden und damit vor allem der ZEST. Ein eigens errichteter militärischer Abwehrdienst sorgte ferner für die

Unterbindung ausländischer Spionagetätigkeiten im engsten Bereich des Bundesheeres. Diese Arbeitsteilung mitsamt eines regen und lebhaften Austausches von Informationen war primär das Verdienst des ehemaligen Geheimdienstchefs der k.u.k. Armee Maximilian Ronge, der nach wie vor im Hintergrund agierte und am Neuaufbau des österreichischen Geheimdienstwesens entscheidend mitwirkte.¹³

Für die offensive Informationsbeschaffung im Ausland war der militärische Nachrichtendienst auf den Einsatz so genannter „V-Männer“ – dies konnten durchaus auch Frauen sein – angewiesen. Dabei handelte es sich um Verbindungs- bzw. Vertrauenspersonen, die entweder mit klaren Aufträgen ins Ausland entsandt wurden oder ständig vor Ort waren. Der Einsatz von V-Männern war kostspielig, doch konnte man auf den daraus resultierenden Erkenntnisgewinn nicht verzichten. Ihr Einsatzgebiet konzentrierte sich – mit Ausnahme Liechtensteins – auf die unmittelbaren Nachbarstaaten. Der offensive Kundschaftdienst begann in Österreich mit ca. 50–60 V-Männern, steigerte sich bis 1930 vermutlich auf etwa 100 und dürfte Mitte der 1930er Jahre fast 200 erreicht haben. Seit 1925 hatte man zudem mit dem kontinuierlichen Aufbau eines offensiven Funkhordienstes (ursprünglich Radio-Abhördienst genannt) begonnen und ab 1926 das Chiffrewesen ausgebaut.

Im Bereich der Abwehr wurden seit 1928 Evidenzhefte über die ausländischen Agenten in Österreich angelegt.

Da der Abwehrdienst primär in den Händen der Sicherheitsbehörden lag, war die militärische Abwehr hier auf eine enge Zusammenarbeit mit der Exekutive angewiesen. Dass diese Zusammenarbeit funktionierte, zeigten die beachtlichen Erfolge

der österreichischen Abwehr bei gleichzeitiger Minimierung der eigenen Verluste.¹⁴

NEUGLIEDERUNG DER ÖSTERREICHISCHEN NACHRICHTENDIENSTE IM JAHRE 1933

Im Zuge der Neuorganisation und Aufrüstung des österreichischen Bundesheeres wurde am 10. April 1933 der militärische Nachrichtendienst neu gegliedert. Er wurde der „Abteilung 1/A“ des Bundesministeriums für Heereswesen übertragen, ehe es mit der Gründung der Sektion III (Generalstab) am 1. Juni 1935 zu einer Umwandlung in die „Nachrichtenabteilung der Sektion III“ kam. Leiter dieser Nachrichtenabteilung des österreichischen Generalstabes war Generalmajor Franz Böhme.

Verfügten die Luftstreitkräfte über eine eigene, auf spezifische Fragestellungen der Luftrüstung spezialisierte Nachrichtenstelle, so stützte sich die Nachrichtenabteilung der Sektion III auf ein Netz von Haupt- und Nebennachrichtenstellen. Letztere operierten jenseits der Grenzen bis in eine Tiefe von 50 Kilometer, während die Erhebungen im Inneren der beobachteten (Nachbar-)Staaten den Hauptnachrichtenstellen zufielen.¹⁵ Laut Aussage des damaligen Leiters des offensiven Nachrichtendienstes, Oberstleutnant Erwin Lahousen-Vivremont, lag das Schwergewicht österreichischer Informationsbeschaffung von 1933 bis 1936/37 in der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Von 1936 bis 1938 rückte NS-Deutschland und insbesondere die dort aufgestellte „Österreichische Legion“ in den Mittelpunkt des Interesses.¹⁶ Mit der steigenden Bedrohung durch das Deutsche Reich baute Österreich seinen geheimdienstlichen Apparat in Deutschland weiter aus. Mit Erfolg, denn man erkannte bald die wahren Ausmaße der deutschen Aufrüstung, gewann Einblicke in die Zustände der Österrei-

schen Legion und gelangte im Herbst 1937 gar an den deutschen Aufmarschplan gegen Österreich, der sich nachher als richtig erweisen sollte.

Darüber hinaus konnten ab 1935 wiederholt bewusst gestreute Falschmeldungen, so genanntes „Spielmaterial“, an ausländische Geheimdienste herangetragen werden.

So war etwa der deutsche Nachrichtendienst über die Wehrverhältnisse der österreichischen Armee ziemlich falsch informiert.¹⁷ Erwin Lahousen zog über die Jahre von 1933 bis 1935 folgendermaßen Bilanz: „Trotz der bescheidenen personellen und materiellen Möglichkeiten waren die Ergebnisse dieser nur 5jährigen Arbeit durchaus positive und befriedigende.“¹⁸ So seien in diesem Zeitraum nur vier österreichische Agenten im Ausland, aber insgesamt 46 ausländische in Österreich festgenommen worden. Lahousen beklagte in diesem Zusammenhang aber, dass nach der damaligen österreichischen Gesetzeslage Spionage in Österreich überhaupt nicht strafbar gewesen sei und bei Spionageaktivitäten gegen Österreich praktisch kaum Urteile über zwei Jahre Haft vorgekommen wären.¹⁹

Zu den Erfolgen des österreichischen Militärgeheimdienstes trug auch der 1933 wiedererrichtete Attachédienst bei. Ab Juni dieses Jahres entsandte Österreich neuerlich Militärattachés ins Ausland, die mit den Armeen jener Staaten, in denen sie akkreditiert waren, Verbindung hielten, die dortigen Zustände beobachteten, frei zugängliches Material beschafften, sichteten und zur Auswertung an die Evidenz weiterleiteten. Das dafür zur Verfügung gestellte Budget war beachtlich. Im Gegenzug entsandte das Ausland eigene Militärattachés nach Österreich.²⁰

Mit der Neuorganisation des militärischen Nachrichtendienstes ging 1933 eine Umgestaltung des zivilen Bereiches einher. Die zunehmende Unterdrückung von politischen Gegnern des autoritär regierenden Bundeskanzlers Dollfuß führte im November 1933 zu einer Straffung staatspolizeilicher Arbeit. So wurde im Bundeskanzleramt ein „Staatspolizeiliches Büro“ eingerichtet, welches wenig später in das „Staatspolizeiliche Evidenzbüro (StE)“ der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit umgewandelt wurde. Die Leitung übernahm am 23. Februar 1934 niemand geringerer als der ehemalige Geheimdienstchef der k.u.k. Armee Generalmajor Maximilian Ronge.

Im Zuge der Zentralisierung im Bundeskanzleramt hatte man jede staatspolizeiliche Berichterstattung an eine andere Behörde untersagt.

Dies traf insbesondere die ehemals federführende ZEST der Polizeidirektion Wien, die zwar nicht aufgelöst wurde, aber allmählich in der Bedeutungslosigkeit verschwand. Im März 1935 kam es zu einer Neuorganisation des StE in eine für das gesamte Bundesgebiet zuständige „Zentralevidenzstelle“. Neben den Hauptaufgaben des politischen Nachrichten- und Abwehrdienstes übernahm diese Dienststelle fortan die Koordination der militärischen und zivilen Nachrichtendienste Österreichs.²¹

**AUSLÄNDISCHE NACHRICHTEN-
DIENSTE IN ÖSTERREICH
1918–1938**

Österreichs geostrategische Lage im Herzen Europas stellte eine ideale Bühne für Spionagetätigkeiten ausländischer Organisationen dar. Ein erster Nachweis direkter Informationsbeschaffung auf österreichi-

schem Territorium kann in der halboffiziellen Coolidge-Mission gesehen werden, die im Auftrag der US-Regierung mit einem beachtlichen Team von Experten und nachrichtendienstlich geschultem Militärpersonal in Zentral- und Südosteuropa agierte. In Österreich befasste man sich von Jänner bis Mai 1919 vorwiegend mit Grenzfragen zwischen Österreich und dem neu errichteten Staat der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat).

Die Beobachtungen und Analysen der Coolidge-Mission wurden direkt nach Paris weitergeleitet, wo in zahlreichen Verhandlungen und Konferenzen über die Nachkriegsordnung entschieden wurde.²²

Spätestens seit 1920 ist in Wien auch eine Außenstelle des britischen „Secret Intelligence Service“, auch „MI 6“ genannt, nachweisbar. Die britischen Agenten wurden in der Regel als Paßoffiziere (Passport Control Officers) getarnt und bei Konsularbüros angestellt. Zu den wichtigsten Informanten der SIS-Station Wien zählten die erfahrenen Zentraleuropakorrespondenten renommierter britischer Tageszeitungen. In der Zeit von 1927 bis 1929 musste die SIS-Außenstelle in Wien wegen Geldmangels geschlossen werden, wobei auch in den Folgejahren die Möglichkeiten der Briten aufgrund des engen finanziellen Spielraumes beschränkt blieben. Nach dem im März 1938 erfolgten Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wurde die SIS-Station Wien im August 1938 von der deutschen Gestapo aufgegeben.²³

Noch ehe es zu einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Österreich kam, entfaltete der sowjetische Nachrichtendienst

eine rege Tätigkeit auf österreichischem Gebiet. Die Russen richteten die geheime Telegrafagentur „Rossijskoje Telegrafnoje Agentstwo (Rosta)“ ein, die linksorientierte Zeitungen mit täglichen Berichten belieferte. Wien war darüber hinaus eine Drehscheibe für Informationen über die internationale Arbeiterbewegung, die direkt nach Moskau weitergeleitet wurden. Mit dem Beginn diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und der UdSSR im Februar 1924 verlagerte der sowjetische Nachrichtendienst seine Tätigkeit vorwiegend in die Handelsdelegation, um die eigene diplomatische Vertretung nicht zu kompromittieren.²⁴

Mit dem Ende der Interalliierten Militärkontrollkommission für Österreich am 31. Jänner 1928 kam es zu einer Intensivierung ausländischer Spionagetätigkeiten in Österreich. Ein weiteres Erstarren der Spionage konnte unter dem Eindruck von etwaigen Aufrüstungsüberlegungen des Bundesheeres im Jahre 1932 festgestellt werden. Die österreichische Abwehr arbeitete effizient und konnte teils beachtliche Erfolge vorweisen. Wie aus Akten des Bundesheeres hervorgeht, wurde etwa 1925 ein von Salzburg aus aufgebauter französischer Agentenring zerschlagen. 1928 führte der von einem polnischen Agenten verübte Einbruch in Büros des Bundesministeriums für Heereswesen zu strengeren Anweisungen für die Verwahrung von Schlüsseln und Amtsschriften. 1932 wurde ein ungarischer Agentenring zerschlagen und bei Manövern des Bundesheeres am Truppenübungsplatz in Bruck an der Leitha beobachtete man Agenten aus Bulgarien, der Tschechoslowakei, Italien, Jugoslawien, Polen und Ungarn. 1933, im Jahr der nationalsozialistischen Machtübernahme Deutschlands, wurde ein intensiver Ausbau des deutschen Agentennetzes in Österreich registriert. Ferner konnte der Leiter eines polnischen Spionageringes

festgenommen und ein empfindlicher Schlag gegen den tschechoslowakischen Nachrichtendienst verübt werden. 1935 wurden deutsche Erkundungstätigkeiten im Alpenraum festgestellt und britische Bemühungen, von Österreich aus ein Nachrichtennetz in Italien aufzubauen, erfolgreich unterbunden. 1936 beobachtete man umfangreiche Straßenerkundungen der Italiener in Vorarlberg und Tirol, wobei der österreichische Generalstab darüber Bescheid wusste, zumal Mussolini zum damaligen Zeitpunkt noch militärische Unterstützung im Falle eines deutschen Angriffes zugesagt hatte. 1937, wenige Monate vor dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich, konnten quer über österreichisches Gebiet verstreute tschechoslowakische Nachrichtenstellen ausgeschaltet, eine Reihe von deutschen Agenten festgenommen und eine jugoslawische Passfälscherwerkstätte ausgehoben, sowie ein jugoslawischer Agentenring aufgegriffen werden.²⁵ Im Februar 1938 berichteten indessen der österreichische Militärgeheimdienst und die Staatspolizei von besorgniserregenden Nachrichten aus Deutschland.²⁶

DER ANSCHLUSS ÖSTERREICHS AN DAS DEUTSCHE REICH 1938

Adolf Hitler hatte am 12. Februar 1938 den österreichischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg nach Berchtesgaden zitiert und unter der Androhung militärischer Gewalt weitreichende Zugeständnisse gefordert. Durch Aktionen der deutschen Abwehr unter der Leitung von Wilhelm Canaris hatte man den Forderungen Nachdruck verliehen. V-Männer in Österreich, Zollbeamte an der Grenze und deutsche „Touristen“ sollten den österreichischen Geheimdienstorganisationen unauffällig Informationen über umfangreiche militärische Vorbereitungen zuspielen. In der Tat trafen ab dem 14. Februar 1938 beunruhi-

gende Nachrichten beim österreichischen Militärgeheimdienst ein: Von einer Urlaubssperre für deutsche Soldaten, von Verstärkungen der deutschen Grenzpolizei, von Truppenmassierungen in Grenznähe und von bereitgestellten Zügen für Truppentransporte in München, Augsburg und Regensburg war die Rede.

Doch das von Canaris persönlich geleitete Täuschungsmanöver blieb erfolglos.

Die österreichischen Geheimdienstoffiziere hatten ihre deutschen Kollegen durchschaut und fielen auf den Bluff nicht herein.²⁷

In der Zwischenzeit spitzte sich die Lage zu. Die Nationalsozialisten erhöhten den Druck und Schuschnigg ging am 9. März 1938 in die Gegenoffensive. Er kündigte eine Volksabstimmung an, um Österreichs Unabhängigkeit zu sichern. Hitler reagierte unverzüglich und ließ die Wehrmacht nun tatsächlich aufmarschieren. Hektisches Treiben auf beiden Seiten war die Folge. Die Nachrichtendienste und diplomatischen Vertretungen beider Länder versuchten herauszufinden, wie das Ausland reagieren würde. Die Antwort war bald klar: Österreich hatte für das ungleiche Kräftemessen keine Hilfe zu erwarten.²⁸

Am 12. März 1938 marschierten deutsche Truppen in Österreich ein, nachdem Schuschnigg schon am Vorabend angekündigt hatte, dass sich das Bundesheer ohne Widerstand zurückziehen werde. Der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wurde vollzogen. Die österreichischen Nachrichtendienste hatten formell zu bestehen aufgehört.

¹ Vgl. Jagschitz 1979, 56; Uitz 2005, 37 f. Zum letzten Chef des k.u.k. Geheimdienstes vgl. die kürzlich erschienene Publikation von Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007.

² Vgl. Jagschitz 1979, 79.

³ Vgl. Uitz 2005, 38.

⁴ Vgl. Steinböck 1986, 44.

⁵ Vgl. ebd.; Jagschitz 1979, 56 f.

⁶ Vgl. ebd., 57; Steinböck 1986, 44; Uitz 2005, 38 f.

⁷ Johannes Schober war von 1918–1932 Polizeipräsident von Wien, 1921–1922 und 1929–1930 Bundeskanzler, 1930–1932 Vizekanzler und Außenminister. Zur Rolle Schobers für die Entwicklung der Staatspolizei in der Ersten Republik vgl. Jagschitz 1979, 58–87.

⁸ Vgl. ebd.

⁹ Vgl. ebd.

¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹ Vgl. ebd., 69.

¹² Vgl. Steinböck 1986, 45, 62.

¹³ Vgl. ebd., 44.

¹⁴ Vgl. ebd., 45 f.

¹⁵ Vgl. ebd., 46, 63 f.

¹⁶ Vgl. Beer 1997, 6.

¹⁷ Vgl. Steinböck 1986, 50 f.

¹⁸ Gedächtnisprotokoll Lahousen, 3. NA, RG 226, E 173, B 2, F 18. zit. n. Beer 1997, 7.

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Vgl. Steinböck 1986, 46, 51–53.

²¹ Vgl. ebd., 47; Jagschitz 1979, 86.

²² Vgl. Beer 1997, 14 f.

²³ Vgl. ebd., 15 f.

²⁴ Vgl. Jagschitz 1979, 83 f.

²⁵ Vgl. Steinböck 1986, 53–55.

²⁶ Vgl. Schätz 1999, 117.

²⁷ Vgl. Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, 283 f.; Fuchs 1994, 120 f.

²⁸ Vgl. ebd.

Quellenangaben

Beer, S. (1997). Von Alfred Redl zum „Dritten Mann“. Österreich und ÖsterreicherInnen im internationalen Geheimdienstgeschehen 1918–1947, *Geschichte und Gegenwart* (1), Graz, 3–25.
 Jagschitz, G. (1979). Die Politische Zentralevi-

denzstelle der Bundespolizeidirektion Wien. Ein Beitrag zur Rolle der politischen Polizei in der Ersten Republik, *Jahrbuch für Zeitgeschichte* 1978, Wien, 49–95.

Moritz, V./Leidinger, H./Jagschitz, G. (2007). *Im Zentrum der Macht. Die vielen Gesichter des Geheimdienstchefs Maximilian Ronge*, St. Pölten/Salzburg.

Steinböck, E. (1986). *Der militärische Nachrichtendienst Österreichs 1918–1938*, *Blätter für österreichische Heereskunde* 1986, Wien, 43–79.

Uitz, M. (2005). *Geheimdienste und Demokratie. Zur Gesetzmäßigkeit der Einrichtung von Nachrichtendiensten in der jungen österreichischen Republik*, Graz.

Weiterführende Literatur und Links

Beer, S. (2003). *The Need for a Theory of Intelligence, as Exemplified in the Context of Austrian History, 1918–1955. Towards an Agenda for Central European Intelligence Studies*, in: Steinacher, G. (Hg.) *Im Schatten der Geheimdienste. Südtirol 1918 bis zur Gegenwart*, Innsbruck/Wien/München/Bozen, 13–36.

Blasi, W. (2005). *Die Anfänge des militärischen Nachrichtendienstes in Österreich*, in: Blasi W./Schmidl E. A./Schneider F. (Hg.) *B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag*, Wien/Köln/Weimar, 123–138.

Fuchs, M. (1994). *Der österreichische Geheimdienst. Das zweitälteste Gewerbe der Welt*, Wien.

Hubert, R. (1990). *Schober. „Arbeitermörder“ und „Hort der Republik“*. Biographie eines Gestrigen (= *Böhlaus zeitgeschichtliche Bibliothek* 15), Wien u.a.

Ronge, M. (1935). *Meister der Spionage*, Leipzig/Wien.

Ronge, M. (1930). *Kriegs- und Industriespionage. Zwölf Jahre Kundschaftsdienst*, Zürich/Leipzig/Wien.

Schätz, A. M. (1999). *Nachrichtendienste in der österreichischen Rechtsentwicklung unter Berücksichtigung des internationalen Rahmens*, Wien.